

"Es hat sich nichts am Problem geändert"

Gemeindevertretung kommt bei Schulwegsicherheit nicht weiter

Lautertal. Die CDU-Fraktion hat am Donnerstag mit einer Anfrage zum Stand der Dinge beim Thema Schulwegsicherheit Schiffbruch erlitten. Die Union hatte sich nach dem Stand der Dinge erkundigt, nachdem sie im Oktober 2003 einen Antrag erfolgreich durch die Gemeindevertretung gebracht hatte. Darin war der Gemeindevorstand aufgefordert worden, sich des Themas anzunehmen. Der Arbeitskreis Verkehr der Gemeindevertretung hatte später noch die Schaffung eines "Runden Tisches" vorgeschlagen.

Bürgermeister Jürgen Kaltwasser (SPD) stellte klar, dass der "Runde Tisch" kein Auftrag für den Gemeindevorstand gewesen sei. Der CDU warf Kaltwasser vor, dem Gemeindevorstand mit der Anfrage "Untätigkeit" zu unterstellen. Zur Frage der Schulwegsicherheit teilte der Bürgermeister mit, dazu müssten die Schulen zunächst einmal Schulwegepläne vorlegen. Dies sei bisher nicht geschehen.

Kaltwasser ließ durchblicken, dass er die Gemeinde aus der Sache heraushalten will, bevor nicht die Schulen tätig werden. "Wir werden uns hüten, den Kindern zu sagen, wo es langgeht."

CDU-Anfrage

Markus Bormuth, der Fraktionsvorsitzende der CDU, sagte, es sei keineswegs die Absicht der Union gewesen, dem Gemeindevorstand in der Sache einen Vorwurf zu machen. Insofern sei Kaltwasser mit seiner Antwort "ein bisschen über das Ziel hinausgeschossen. Da fehlen mir die Worte." Es sei vielmehr in der Oktober-Sitzung der Gemeindevertretung so gewesen, dass Einigkeit über Gesprächs- und Handlungsbedarf bei der Schulwegsicherheit geherrscht habe. Alle Fraktionen hätten damals den Standpunkt vertreten, dass die Gemeinde Verbesserungen anstreben solle, auch wenn die Schulen selbst nicht aktiv würden.

Heidi Adam (FWGL) sagte, es sei bei der Beratung damals nicht alleine um Schulkinder gegangen, sondern um die Verkehrssicherheit von Kindern in Lautertal allgemein. Bei den Schulwegen seien in der Tat die Schulen selbst zuständig.

Heiner Neuschild (CDU) sagte: "Es hat sich aus meiner Sicht nichts an dem Problem geändert." Es gebe Verbesserungsbedarf, aber die Schulen seien untätig. Daher sei es die Aufgabe der Gemeinde, entweder Druck auf die Schulleitungen auszuüben oder sich selbst Gedanken zu machen.

Norbert Mink warf dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Heinz Eichhorn vor, die Sache noch gegen die CDU instrumentalisiert zu haben. Eichhorn habe in seiner Eigenschaft als Reichenbacher Ortsvorsteher die Felsenmeerschule über eine Änderung des Schulwegs in der Dorfmitte informiert und dies als Ergebnis des CDU-Antrags dargestellt.

Eichhorn sagte dazu, der Reichenbacher Ortsbeirat habe sich auf Antrag eines Mitglieds im Januar mit dem Thema befasst und "einmütig" beschlossen, eine Verlegung des Schulwegs

zwischen Knodener Straße und Marktplatz zu empfehlen. Dies sei vonseiten der Gemeinde der Schulleitung mitgeteilt worden.

Heidi Adam empfahl der CDU, zu der Angelegenheit einen neuerlichen Antrag einzureichen.
tm

Bergsträßer Anzeiger
4. September 2004